

Meinung | 06.09.15 | Flüchtlinge

## Was hält Deutschland in der Zukunft zusammen?

Der neue Zustrom markiert eine Epochenschwelle. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie sich unser Land verändert – und wo es sich nicht verändern darf. Ein Gastbeitrag von drei Unions-Politikern. *Von Ilse Aigner, Carsten Linnemann, Mike Mohring*

Die wachsende Zahl der Flüchtlinge und Menschen auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven bewegt die Bürger in Deutschland in nie da gewesener Weise. Auf der einen Seite rührt die Not so vieler Menschen uns an. Auf der anderen Seite richten sich besorgte Fragen an die Politik.

Ist unser Staat in der Lage, zügig den Schutz für die Bedürftigen zu organisieren und Menschen ohne Asylgrund in ihre Heimatländer zurückzuführen? Wie durchsetzungsfähig ist er gegenüber Menschen, die unsere freiheitliche demokratische Ordnung nicht akzeptieren? Seien es rechtsextreme und linksextreme Gewalttäter, die aus der aktuellen Lage auf je eigene Weise Profit schlagen wollen. Seien es Flüchtlinge, die ihre ethnisch-religiösen Konflikte mit nach Deutschland bringen und sie gewaltsam austragen.

Und schließlich: Gibt es eine Belastungsgrenze, an der auch ein leistungsfähiges Land wie Deutschland finanziell und gesellschaftlich überfordert ist? Und wenn das so ist: Was können wir tun, um den Zuzug aus den Herkunftsländern abzuschwächen und zu kanalisieren?

Allmählich wird klar, dass die Politik für diese grundsätzlicheren Fragen noch nicht die angemessene Sprache, geschweige denn Antworten gefunden hat. Wir müssen sie aber finden, damit sich die Debatten in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht vollends von denen in Politik und Medien lösen.

### Fehlanreize im deutschen Asylsystem

Ließen wir uns vor den Karren derer spannen, die vor allem Bedrohungen wahrnehmen, würden wir der Herausforderung ebenso wenig gerecht wie mit dem untauglichen Versuch, jenen nach dem Munde zu reden, die in jedem Flüchtling und Migranten eine Bereicherung sehen.

Vor uns steht zunächst die Aufgabe, die praktischen Herausforderungen zu bewältigen. Vor uns steht zugleich die weiter reichende Herausforderung, den Bürgern dieses Landes zu sagen, von welchen Ideen für Deutschland und Europa wir uns leiten lassen in einem historischen Augenblick, der als Epochenschwelle wohl angemessen beschreibbar ist.

Dabei sind die kurzfristigen Herausforderungen kompliziert genug. Wir brauchen klare Spielregeln zwischen Bund, Land und Kommunen. Zudem brauchen wir eine tabufreie Diskussion über offensichtliche Fehlanreize im deutschen Asylsystem: bei den Leistungen und in den Verfahren.

Die Anträge müssen wesentlich schneller geprüft und abgelehnte Asylbewerber umgehend zurückgeführt werden. Die Möglichkeiten, die Rückkehr zu unterlaufen, müssen gegebenenfalls gesetzgeberisch weiter eingeschränkt werden. Zur Ehrlichkeit gehört, den dazu erforderlichen höheren Personal- und Mitteleinsatz deutlich zu benennen.

### Asylanträge in den Herkunftsregionen stellen

Das gilt in gleicher Weise für die Integration jener, die ein Bleiberecht erhalten: für intensive Begleitung, Integrations- und Sprachkurse und Brücken in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang sei aber davor gewarnt, das Asylrecht mit der Debatte um ein Einwanderungsgesetz in einen Topf zu werfen. Das Asylrecht ist ein Instrument der humanitären Hilfe und kein Arbeitsmarktinstrument.

Vor unmittelbaren Herausforderungen steht auch die EU. Eine Asylpolitik aus einem Guss ist

das Gebot der Stunde. Dazu gehört mindestens ein Konsens darüber, dass EU-Beitrittskandidaten sichere Herkunftsländer sind, die Rückkehr zu den unter dem Stichwort Dublin bekannten Asylvereinbarungen oder, als Alternative, eine faire Verteilung der Asylbewerber in den Mitgliedstaaten der EU.

Konsequent muss die Erweiterungs-, Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik schon jetzt daran ausgerichtet werden, Fluchtursachen zu bekämpfen. Denn die Probleme des Westbalkans und vieler Staaten Afrikas löst man besser vor Ort als in Deutschland und Europa. Wo irgend möglich, sollte auch die Prüfung von Asylanträgen in die Herkunftsregionen verlegt werden. Das wäre ein Schritt, um die menschlichen Tragödien entlang der Fluchtwege einzuschränken.

### **Wirksame Grenzsicherung ist fundamental**

Doch das ist zu wenig, wenn wir nicht zugleich darüber reden, wohin Deutschland sich entwickeln soll. Realität ist, dass wir es mit einer neuen Völkerwanderung zu tun haben. Die Politik muss Ziele definieren, nach denen sie das Land durch eine solche Zeit zu steuern gedenkt, und ihren Kurs daran ausrichtet. Denn letztlich geht es auch um das Selbstverständnis Deutschlands als einem freiheitlich demokratisch verfassten Gemeinwesen; eingeschlossen die politische Kultur, auf der es gründet.

Das ist ein Anspruch an den Staat. Seine Kernaufgabe ist die wirksame Durchsetzung einer Ordnung nach innen und außen. Im europäischen Staatenverbund der EU ist die Aufgabe geteilt, und daraus ergeben sich Probleme. Die Mitgliedstaaten sind nicht mehr stark genug, um diese Aufgabe allein zu bewältigen, die Europäische Union ist noch nicht stark genug.

Wird die EU in der Flüchtlingsfrage nicht schnell und sichtbar zum Teil der Lösung, so wird sie unweigerlich als Teil des Problems wahrgenommen. Dauerhafte Zustimmung der Bürger wird die EU gewinnen, wenn sie tatsächlich der Raum der Sicherheit und Freiheit und des Rechts wird, der zu sein sie vorgibt. Dazu gehören die Kompetenzfragen im Asylrecht genauso auf die Tagesordnung wie eine wirksame Grenzsicherung.

Und in Deutschland? Es beunruhigt Bürger völlig zu Recht, wenn sie den Eindruck haben, dass wir die Kontrolle über unsere Grenzen verlieren, Recht nicht umgesetzt wird, wenn durch Terrordrohungen, rechtsextreme wie linksextreme Randalen, ethnische Gruppen oder religiösen Fanatismus die öffentliche Ordnung gefährdet wird.

Zu lange haben zu viele geglaubt, es gehe nach 1990 nur noch darum, die Friedensdividende nach einem durch Ideologie, Gewalt, Krieg, Massenmorde und Vertreibungen geprägten 20. Jahrhundert einsammeln zu können. Vom Ende der Geschichte war gar die Rede.

Die Begriffe, die nun nach oben auf die Tagesordnung gehören, klingen hart in diesen verblassenden Traum hinein: Grenzsicherung, Gewaltmonopol, Justiz, Militär. Doch ohne sie sind Freiheit und Demokratie nicht zu haben. Es geht um die Stärkung unserer Staatlichkeit.

Zugleich geht es um Staatsbewusstsein. Was soll es sein, was kann es sein, was die Menschen in Deutschland in 20, 30 Jahren zusammenhält? Was sind die tragenden Elemente für die Statik des Gebäudes, das wir freiheitliche demokratische Grundordnung nennen? Wie stabil sind ihre Fundamente?

### **Die Ordnung der Freiheit**

Wir sollten uns an oder auf dieser Epochenschwelle zu einer ernsten Debatte darüber zwingen, wie sich Deutschland durch Zuwanderung weiter verändert und wo es sich nicht verändern darf. Daran wird sich Zuwanderung orientieren müssen. Und daran muss sich eine konsequente Integrationspolitik orientieren.

Es geht um Selbstbewusstsein, und zwar im doppelten Wortsinn. Wir müssen uns unserer selbst bewusst sein oder wieder werden und selbstbewusst vertreten, was nicht verhandelbar ist: das Prinzip der Person mit seiner unveräußerlichen Würde, die Ordnung der Freiheit und die religiös-weltanschauliche Neutralität zum Beispiel.

Dieses Staatsbewusstsein als einigendes Band über die absehbar schnell wachsende ethnisch-kulturelle Vielfalt hinweg zu stärken, erfordert mehr, als Politik und Medien derzeit zu bieten bereit sind. Ohne einen attraktiven, gewinnenden Patriotismus wird es nicht gehen.

Das ermöglicht auch neue Identitäten, in denen die Herkunft sich mit dem Bekenntnis zu Deutschland verbindet, eine deutsch-syrische etwa. Vor uns steht die Aufgabe, Deutschland neu zu denken. Dieser Aufgabe sollten wir uns stellen. Nicht verzagt, selbstbewusst.

*Ilse Aigner, CSU, ist bayerische Wirtschaftsministerin; Carsten Linnemann ist Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung; Mike Mohring ist CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Thüringen.*

© WeltN24 GmbH 2015. Alle Rechte vorbehalten

